

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Den Lockdown beenden - Gesamtbetrachtung statt Inzidenzenwillkür

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Der Inzidenzwert ist lediglich ein grober Richtwert zur Beurteilung des Infektionsgeschehens. Deshalb ist es falsch, immer neue Grenzwerte festzusetzen und allein davon die Verhängung von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen und deren Lockerung abhängig zu machen. Es ist vielmehr eine Gesamtabwägung aller maßgeblichen Umstände vorzunehmen. Dabei sind insbesondere die bereits entstandenen wirtschaftlichen sowie physischen und psychischen Schäden einzubeziehen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die einseitig auf die Inzidenzen gestützten Einschränkungen und Beschränkungen aufzuheben und nur solche Maßnahmen aufrechtzuerhalten, die bei einer abwägenden Gesamtbetrachtung aller die Pandemie beeinflussenden Umstände sowie des Impffortschritts unerlässlich sind. Dabei hat sie die durch die Maßnahmen verursachten Schäden mehr als bisher in die Betrachtung einzubeziehen.
2. darauf zu achten, pandemiebedingte Grundrechtseingriffe als solche zu bezeichnen und deren Aufhebung nicht als „Privileg“ oder „Freiheit“ anzupreisen. Demokratie lebt von der Gleichheit aller vor dem Gesetz und von garantierten Grundrechten und nicht davon, dass die gewählte Regierung Privilegien für Untertanen gewährt. Dies beinhaltet auch, „Privilegierung für Geimpfte“ kategorisch abzulehnen.
3. die aufgrund der Nachverfolgung seit März 2020 ermittelten Infektionsherde dem Landtag bekanntzugeben.

- III. Der Landtag wird eine Expertenanhörung organisieren, bei der alle Fraktionen die Möglichkeit haben, eine noch näher zu bestimmende Anzahl an Fachvertretern einzuladen und mit diesen über das allbestimmende Thema „Corona“ zu diskutieren. Bei der Zusammensetzung ist darauf zu achten, dass alle relevanten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereiche abgebildet werden, die durch die Pandemie betroffen sind. Die Obleute der Enquetekommission sollen die Detailfragen klären und die Organisation und Durchführung übernehmen. Tagungsort wird der Plenarsaal des Landtages Mecklenburg-Vorpommerns sein. Die Tagung ist öffentlich.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Ministerpräsidentin hat erklärt, bei den Corona-Maßnahmen künftig nicht nur auf die Inzidenzen abzustellen, sondern auch weitere Faktoren zu berücksichtigen. Diese späte Einsicht ist zu begrüßen, nur müssen dem auch Konsequenzen folgen.¹

In letzter Zeit kommt es zu Äußerungen, die einem unumschränkten Zugeständnis an die Grundrechte und einem klaren Verständnis, was „Grundrechte“ sind, zuwiderlaufen. Markus Blume, CSU-Generalsekretär, erklärt gegenüber der Presse, „Erleichterung kann nur auf Bewährung stattfinden.“² Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, hält Lockerungen mit Bezug auf Inlandsreisen auf Grundlage eines Eintrages im Impfpass für denkbar. Denn: „Ich glaube ohnehin, dass Öffnungen in dem Bereich nur möglich sind, wenn wir bestimmte Restriktionen machen.“³

Die Landespolitiker in Mecklenburg-Vorpommern fallen bisher nicht durch öffentliche Äußerungen dieser Art auf. Dennoch lässt sich am konkreten Handeln erkennen, dass trotz sinkender Fallzahlen und immer weiterer Erkenntnisse die Grundrechtseinschränkungen im weitesten Sinne bestehen bleiben.⁴

Seitens der Landesregierung ist zu erwarten, dass ein umfassendes Bekenntnis zu den Grundrechten erfolgt. Weder eine Pandemie noch eine andere, konstruierte Gefahr rechtfertigen die Suspendierung der Grundrechte über einen derart langen Zeitraum. Die Entscheidung, wie eine „neue Normalität“ auszusehen hat, ist keine (partei-)politische, sondern eine gesamtgesellschaftliche, eine demokratische Entscheidung.

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Schwesig-Wir-brauchen-Perspektivplan-fuer-ganz-Deutschland,coronavirus4498.html>

² <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/CSU-Generalsekretaer-Blume-Rueckenwind-fuer-Soeder-ist-beachtlich-id59204821.html>

³ <https://www.rnd.de/politik/corona-impfpass-ministerprasident-gunther-kann-sich-impfnachweis-fur-inlandsreisen-vorstellen-BWN6AIWKCG5Y4YWRPQVCACTDMM.html>

⁴ <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Schwesig-Wir-brauchen-Perspektivplan-fuer-ganz-Deutschland,coronavirus4498.html>

Um dem Auftrag der Wähler und der Aufgabe des Parlaments nach einem Jahr „Corona“ nachzukommen, ist es angezeigt, die teils widersprüchlichen Ansichten zum Thema fundiert anzusprechen und den Bürgern diesen Erkenntnisprozess öffentlich zugänglich zu machen. An die Stelle einer der Öffentlichkeit entrückten Beratung der Landesregierung durch möglicherweise einseitig festgelegte Experten soll ein offener Diskurs treten, bei dem auch anerkannte Wissenschaftler gehört werden, die der bisherigen Strategie kritisch gegenüberstehen. Zudem sollen die durch die Maßnahmen verursachten Schäden mehr in den Vordergrund gerückt werden.